



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist Redebeginn

Nr. 267 / 2013

Arbeitsmarkt / Jugendberufsagenturen

Kiel, Donnerstag, 30. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Ein interessantes Modell, den Übergang von Schule zu Beruf weiterzuentwickeln

In seiner Rede zu TOP 24 (Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich will es gleich am Anfang ganz klar sagen: Meine Fraktion unterstützt den durch die Koalitionsfraktionen formulierten Prüfauftrag an die Landesregierung. Die Hamburger Jugendberufsagenturen sind ein interessantes Modell, und es macht durchaus Sinn, die Einführung dieses Modells auch in Schleswig-Holstein zu prüfen. Die Phase der beruflichen Orientierung ist im Berufsleben eine ganz entscheidende, und sie wird angesichts der vielfältigen Möglichkeiten für die jungen Menschen auch immer wichtiger. Die wichtigste Frage mit Blick auf den Ausbildungsmarkt lautet ja zum Glück nicht mehr, wie man alle Jugendlichen irgendwie versorgen kann, sondern vielmehr wie man für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Finden des für sie richtigen Angebots am besten berät und unterstützt.“

Wenn man sich die Meldungen zum Ausbildungsmarkt anschaut, die in der letzten Zeit in den Zeitungen zu lesen waren, so lauten diese: ‚Betriebe finden zu wenig Auszubildende‘, ‚Auszubildende als Mangelware‘ oder ‚Auszubildende in komfortabler Lage‘. Die Bundesregierung meldet, dass allein im letzten Jahr 33 000 Lehrstellen in unserem Land nicht besetzt werden konnten. Für Schleswig-Holstein erklärte die Bundesagentur für Arbeit, dass 14 150 Bewerbern 14 486 Lehrstellen gegenüber stehen. Die Jugendarbeitslosenquote liegt im April deutschlandweit bei 5,9 Prozent und in Schleswig-Holstein – leider etwas höher, was auch wenig überraschend ist – bei 6,8 Prozent. In Baden-Württemberg und Bayern gibt es mit 3 Prozent Jugendarbeitslosigkeit faktisch Vollbeschäftigung in diesem Bereich.

Die dramatisch angestiegene Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten führt uns vor Augen, wie wichtig eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, wie wichtig vernünftige Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft

ten Europas und wie wichtig dauerhaft solides Haushalten der öffentlichen Hand insbesondere für die junge Generation ist.

Auch wenn die Zahlen bei uns ganz ordentlich aussehen, gibt es dennoch Handlungsbedarf: Ein Problem stellt aus meiner Sicht vor allem die sehr hohe Zahl an Abbrüchen bei den Ausbildungen und bestimmten Studiengängen dar. Dies hat vielfältige Ursachen, aber die aus meiner Sicht am ehesten einzudämmende Ursache ist mangelnde oder falsche Beratung der jungen Menschen bei der Berufswahl. Die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche muss auf jeden Fall reduziert werden. Hierbei könnte dieses Modell hilfreich sein. Das Ziel ist daher richtig, den Übergang von Schule zu Beruf weiterzuentwickeln. Jugendliche bedürfen der Unterstützung, einen geeigneten Ausbildungsplatz für sich zu finden, damit der Start ins Berufsleben gut gelingt. Insbesondere benötigen natürlich diejenigen Unterstützung, denen es aus ganz vielfältigen Gründen trotz aller Bemühungen nicht gelingen mag, einen Ausbildungsplatz zu finden. Und natürlich ist auch Rat und Hilfe erforderlich, wenn eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wurde, um dann in einen Beruf zu kommen.

Es stellt sich natürlich die grundsätzliche Frage, ob und wie ein solches Modell aus einem Stadtstaat wie Hamburg in einem Flächenland überhaupt sinnvoll zu realisieren ist, ob und wie man dies organisatorisch umsetzen kann. Ein Stadtstaat bietet natürlich bessere Voraussetzungen für die Zusammenführung der Organisation ‚in einer Hand‘. Außerdem sollte man auf die ‚Kinderkrankheiten‘ achten, die ja eigentlich alle neuen Modelle zu Beginn haben, um diese dann bei einer möglichen Einführung in Schleswig-Holstein möglichst zu vermeiden.

Gerade mit Blick auf das ‚Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt‘ wäre es wichtig zu erfahren, wie bereits bestehende Programme oder Programmkomponenten bei den Planungen für die Jugendberufsagenturen mit einfließen könnten. Auch die Frage der Finanzierung zwischen Land, Kommunen und Agentur für Arbeit ist detailliert darzustellen. Dabei ist auch die Frage, inwieweit Mittel des Europäischen Sozialfonds aus der neuen Förderperiode für die Maßnahmen bereitstehen würden, darzustellen.

Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen!“